

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 729

Mittwoch, 12. Mai 2021

28. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Die Richterinnen Yassmin Barrios und Erika Aifán wehren sich gegen Korruption.....	1
Die traditionellen guatemaltekischen Eliten müssen sich ändern: Hier wäre ein Anfangspunkt.....	2
Phase II läuft an: Bis zum 7. Mai werden 52.000 Personen geimpft sein.....	5
Stadtverwaltung von Guate: Bürger*innenkarte für Transmetro ab 15. Mai.....	6

Die Richterinnen Yassmin Barrios und Erika Aifán wehren sich gegen Korruption

Ein Bericht von Andreas Boueke.

Eine Frau aus dem Mayavolk der Ixil kam in den Zeugenstand, um ihre Aussage zu machen. Sie erzählte von einer Nacht, in der Soldaten der Armee ihr Dorf überfallen hatten. Sie war in den Wald geflohen, mit ihrem Sohn auf den Armen, den sie einen Monat zuvor zur Welt gebracht hatte. Das Baby hörte nicht auf zu weinen. Sie legte ein Tuch über sein Gesicht, damit das Wimmern nicht mehr zu hören war. Es hätte sie verraten können. Richterin Yassmin Barrios erinnert sich an die Zeugin, die im Jahr 2013 in Guatemala-Stadt während des sogenannten „Genozid-Prozesses“ ausgesagt hat. Damals war Barrios die Vorsitzende dieses wohl wichtigsten Gerichtsverfahrens, das die guatemaltekische Gesellschaft bis dahin erlebt hatte. „Während die Frau aussagte, rollten Tränen über ihre Wangen“, erzählt die Richterin. „Auf der Flucht rannte sie lange durch den Wald. Schluchzend erzählte sie, wie sie erst stehen blieb, als sie sich sicher fühlte, dass ihr kein Soldat gefolgt war.“ Die Frau nahm das Tuch vom Gesicht des Kindes. Ihr Sohn war erstickt.

Ein historisches Urteil

Drei Monate lang leitete Yassmin Barrios die Verhandlungen des Genozid-Prozesses. Über hundert Zeuginnen und Zeugen aus dem Mayavolk der Ixil kamen zu Wort. In den 1980er Jahren hatte die guatemaltekische Armee ihre Dörfer zerstört, um der Guerilla jegliche Unterstützung durch die Zivilbevölkerung zu entziehen. Das Verfahren war wichtig für die Aufarbeitung des Völkermords und des andauernden Rassismus gegenüber der indigenen Bevölkerung. Es ging um die Frage, ob sich der ehemalige Diktator Efraín Ríos Montt des Völkermords schuldig gemacht hatte. Der angeklagte General war im Jahr 1982 durch einen Putsch an die Macht gekommen. Damit begann die grausamste Phase des guatemaltekischen Bürgerkriegs. Eine andere Zeugin sagte aus, wie sie von zwanzig Soldaten vergewaltigt worden war, während ihre Tochter zusehen musste. „Danach wurde auch das zwölfjährige Mädchen vergewaltigt“, sagt Barrios. „Auch diese Zeugin weinte unaufhörlich. Für die Frauen war der Prozess eine Katharsis. Aus juristischer Sicht war besonders wichtig, dass deutlich wurde, wie scheinbar willkürlich die Soldaten über die Dörfer herfielen. Trotzdem war es ein systematisches Vorgehen, so dass man von Massakern sprechen muss. Zusammen mit den Schöffen kam ich zu dem Schluss, dass es sich um einen Völkermord gehandelt hat.“

Der Prozess hat Barrios international bekannt gemacht. Für sie besteht kein Zweifel: Die Aussagen, die Berichte der Expert*innen, die Beweise und die Analyse vieler Dokumente ließen ihr keine andere Möglichkeit. Sie sprach Ríos Montt des Völkermords und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig. Es war weltweit das erste Mal, dass ein ehemaliger Staatschef von einem nationalen Gericht des Völkermords schuldig gesprochen wurde. Das Urteil gilt als internationaler Präzedenzfall. Seither ist Barrios eine Galionsfigur der unabhängigen Rechtsprechung. Doch in der guatemaltekischen Gesellschaft gibt es viele einflussreiche Personen, die sie bedrohen und attackieren. Die Richterin erlebte, wie sich Armeeangehörige, wohlhabende Großgrundbesitzer, paramilitärische Milizen und mächtige Politiker zusammenschlossen, um gegen das Urteil zu protestieren. „Wir hatten ein Urteil gesprochen, doch das damalige Verfassungsgericht hob es sofort wieder auf. Wir fügten uns der Entscheidung des übergeordneten Gerichts. Ich sage immer: Man muss respektieren, auch wenn man anderer Meinung ist.“

General Ríos Montt kam nie ins Gefängnis. Als er am 1. April 2018 starb, stand er unter Hausarrest. Erst nach seinem Tod wurde das ursprüngliche Urteil bestätigt. Doch da hatte Barrios längst ihre eigene Freiheit verloren.

„Ich werde ständig von Personenschützern bewacht. Nur deshalb bin ich noch am Leben. Ich habe viele sehr schwierige

Situationen erlebt. Einmal kam ich mit dem Auto nach Hause und sah, wie ein Mann vom Dach eines Nachbarhauses auf mich schoss. Ich konnte gerade noch die Tür der Garage öffnen und mich retten.“

Bedrohte Richterinnen

Die Richterin Erika Aifán muss sich gegen viele Dutzend Anzeigen wehren. Sie ist seit fünf Jahren Vorsitzende eines Strafgerichts. „Ich verhandle Fälle exponierter Angeklagter. Oft sind es Politiker, Unternehmer oder Drogenbarone. Diese Leute haben die Macht, Beteiligte an den Verfahren zu bedrohen, zu bestechen oder anzugreifen. Deshalb verhandeln wir unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen.“

Erika Aifán ist eine schlanke Frau. Ihre Stimme ist sanft. Einige Leute glauben wohl, sie sei leicht einzuschüchtern. Aber die Richterin tritt energisch auf. „In Guatemala ist es schwierig, Richterin zu sein. Das Amt wird nicht respektiert, nicht wertgeschätzt. Tag für Tag werden wir beleidigt, diskreditiert, gedemütigt, bedroht.“

Nachdem sie das erste Mal Morddrohungen erhalten hatte, wurden ihr Sicherheitskräfte zugeteilt. Seither wird sie ständig von mehreren Polizist*innen bewacht, rund um die Uhr, denn Aifán verurteilt Personen, die in den Drogenhandel verwickelt sind. (...) Sie war auch Richterin im Prozess gegen Odebrecht. Die brasilianische Baufirma hat in acht lateinamerikanischen Ländern Hunderte Politiker*innen bestochen, um lukrative Staatsaufträge zugeschanzt zu bekommen. Die Rede ist von achthundert Millionen Dollar Schmiergeld. „Es geht um wirtschaftliche und politische Macht, um die Kontrolle der Institutionen“, erklärt Aifán. „Wir befassen uns oft mit Geldwäsche, Millionenbeträge. Diese Leute haben nahezu unbegrenzte Möglichkeiten, die sie auch gegen uns Richterinnen einsetzen. Ich muss mich mit siebzig Strafanzeigen herumschlagen. Und dann gibt es noch Anzeigen beim Amt des Ombudsmanns für Menschenrechte, beim Nationalen Büro gegen Folter und bei der Kammer der Rechtsanwälte und Notare. Selbst dem Obersten Gerichtshof liegen einige Anzeigen gegen mich vor.“

Mächtige Männer

Auch gegen Yassmin Barrios laufen viele Anzeigen. Sie ist überzeugt, dass die Ausübung des Richterinnenamts ihr und ihren Kolleginnen besonders schwer gemacht wird: „In einem ausgesprochen machistischen Land wie Guatemala ist es wie ein Angriff auf das Weltbild vieler Männer, wenn eine Frau als Präsidentin einer Strafkammer vorsitzt und Verhandlungen führt. Einige Strafverteidiger können gar nicht anders, als mich persönlich anzugreifen, weil ich eine Frau bin. Sie kritisieren meine Frisur, meine Kleidung, mein Verhalten.“

Barrios sitzt auf einem alten, etwas ausgefranzten Sessel in ihrem kleinen Wohnzimmer. Ihr bescheidenes Haus steht an einer befahrenen Straße in einer unscheinbaren Gegend im Westen von Guatemala-Stadt. In der Garage direkt neben dem Wohnzimmer trinken drei Personenschützer Kaffee. „Im Laufe meines Lebens bin ich oft bedroht worden“, sagt sie. Ende 2015 gab es einen Angriff auf das Gerichtsgebäude. „Als die ersten Schüsse fielen, befand ich mich im Parkhaus im Keller. Wir waren sechzehn Personen, die alle auf den Aufzug warteten. Es gab keinen Ausweg und die Schüsse kamen immer näher. Wir versteckten uns in einer Toilette. Ich begann, meinen Rosenkranz zu beten. Nach etwa fünfzehn Minuten gelang es uns, in den Aufzug zu steigen. Als ich im Verhandlungssaal ankam, war ich kreidebleich.“ Zehn Minuten später begann sie, eine Verhandlung zu leiten. Bald dachte sie nicht mehr an den Überfall im Parkhaus, bis sie vor kurzem für einen Fall zuständig war, bei dem eine Audio-CD abgespielt wurde. Die Aussage eines Mitglieds einer kriminellen Bande war zu hören. Der Staatsanwalt fragte: „Warum waren Sie an jenem Tag vor Ort?“ Der Angeklagte antwortete: „Wir sollten einen Richter überfallen.“ Frage: „Welchen Richter?“ Antwort: „Die Richterin Yassmin Barrios.“ So erfuhr Barrios, dass der Angriff damals ihr gegolten hatte: „Es traf mich wie ein Blitz. Alle im Saal - die Staatsanwälte, die Verteidiger - alle waren so still wie im Grab.“

Schutz der richterlichen Objektivität

Angesichts der Gefahr versuchen einige unabhängige Richterinnen, sich gegenseitig zu unterstützen. Sie haben eine Vereinigung gegründet, mit der sie die Unabhängigkeit ihrer Arbeit schützen wollen. Erika Aifán macht mit: „Die Vereinigung ist eine große Hilfe. Wir pflegen Freundschaften, die mir viel bedeuten.“

Die Gruppe kümmert sich auch um die mentale Gesundheit bedrohter Kolleginnen. Aifán erinnert sich an eine besonders schwierige Zeit. „Es ging um eine richterliche Verfügung gegen mich. Ich hatte nicht die Zeit, auf all die juristischen Angriffe zu reagieren. Deshalb konnte ich mich nicht angemessen verteidigen. Da kamen mir meine Kameradinnen zu Hilfe. Sie verteilten die Arbeit untereinander, untersuchten die Vorwürfe und setzten Schriftstücke auf. Es war Sonntagnacht, zwei Uhr. Trotzdem riefen sie mich ständig an und sagten: 'Schau' her, wir haben dies und das diskutiert und dir einen Vorschlag gemailt.' Da sagte ich: 'Hört mal, es ist Sonntag. Morgen müssen wir arbeiten. Aber ihr seid noch immer nicht schlafen gegangen.' Sie lachten und antworteten: 'Du bist doch auch nicht im Bett.' 'Das stimmt, aber es geht hier um mein Problem.' Da haben sie gesagt: 'Nein, es geht um unser Problem.' Das werde ich nie vergessen.“

Die traditionellen guatemaltekischen Eliten müssen sich ändern: Hier wäre ein Anfangspunkt

19. April - Anita Isaacs, Guatemala-Expertin am Haverford College (Pennsylvania), legt in ihrem Aufsatz fünf Merkmale der traditionellen guatemaltekischen Eliten dar, die auf der Basis ihrer jahrzehntelangen Forschung die Möglichkeit eines fruchtbaren Dialogs und vor allem einer partizipativen und integrativen Demokratie behindern. Es sind vor allem fünf Provokationen und Einladungen zum Nachdenken.

Mitte der 2000er Jahre wurde ich eingeladen, mich mit Vertreter*innen des guatemaltekischen Privatsektors zu treffen.

Im Laufe der Jahre hatte ich mich bei verschiedenen Anlässen mit diesen getroffen, als ich über Demokratisierung, Friedenskonsolidierung und Transitional Justice forschte. Bei dieser Gelegenheit wurde ich in meiner Rolle als Freedom-House-Autorin, die eine kritische Einschätzung des demokratischen Zustands Guatemalas schrieb, von einer Interviewerin zu einer Interviewten. Mitglieder des Unternehmensverbandes CACIF und der unternehmensnahen Stiftung FUNDESA wollten wissen, was es für meinen nächsten Bericht bräuchte, um die guatemalteckische Demokratie so hoch zu bewerten, um die Kriterien für einen begehrten Millennium Challenge Corporation Zuschuss zu erfüllen (*d.i. ein US-Zuschuss für Staaten, die gute Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und Entwicklung haben, d.Red.*).

Der Besuch begann mit einer wohlverdienten Kritik an der Qualität der Demokratie in den USA und anderswo auf der Welt (...). Nachdem sich das Gespräch eine Stunde lang im Kreis drehte, bat mich der Vertreter, der das Treffen einberufen hatte, fünf konkrete Dinge aufzuzählen, die die guatemalteckische Demokratie stärken würden. Bezugnehmend auf die Kriterien für demokratische Justiz-, politischen Parteien- und Steuerreformen liess ich die Katze aus dem Sack. Ich wählte meine Worte mit Bedacht: Nicht nur ich, sondern alle, die mit der Bewertung Guatemalas betraut seien, würde es schwerfallen, ein Land, das systematisch die Mehrheit seiner Bevölkerung ausschliesse, als demokratisch zu bezeichnen. Anschliessend habe ich sie dazu ermutigt, ihre Macht zu nutzen, um etwas zu bewirken, indem sie einen offenen Dialog mit den indigenen Führungskräften und Gemeinschaften führen sollten. Es folgte ein ohrenbetäubendes Schweigen, das von einer Frage beendet wurde: „Angenommen, wir wären bereit, uns mit ihnen zu treffen, woher sollen wir überhaupt wissen, wo sie zu finden sind?“

Diese Frage fasste die Klassen-, Rassen- und geographischen Bruchlinien zusammen, die so tief in der guatemalteckischen Gesellschaft eingeebnet sind. Unter den vielen Reaktionen, die ich hätte haben können, entschied ich mich, neue Pforten zu (er)öffnen. In den nächsten zehn Jahren erweiterte sich meine Forschung und mein Schreiben über Transitional Justice, Friedenskonsolidierung und Demokratisierung, um Öffentlichkeitsarbeit und Experimente, die sich darauf konzentrierten, die Grenzen und Möglichkeiten für die Schaffung einer partizipativeren, inklusiveren und gerechteren guatemalteckischen Demokratie auszuloten. Dies geschah in häufigen Treffen mit Mitgliedern des Privatsektors und wiederholte Versuche, Gespräche zwischen ihnen und indigenen Vertretern und Gemeinschaften, die ich durch meine Recherchen kennengelernt hatte, zu ermöglichen.

Dieser Essay gibt eine erste Reflexion darüber, warum diese Bemühungen zumeist vergeblich waren. Die hier vorgestellten Ideen sind in eine Liste von fünf hemmenden Faktoren gegliedert. Sie sind noch vorläufig und absichtlich provokativ, zum einen, weil sie meine Frustrationen widerspiegeln, zum anderen, weil es dringend geboten ist, den Blockadeprozess zu durchbrechen, um die antidemokratischen Tendenzen rückgängig zu machen.

Das Fortbestehen ethnischer und rassischer Vorurteile

Etwa ein Jahr nach diesem ersten Treffen kehrte ich in die Büros von FUNDESA zurück, um einen kurzen selbstgemachten Dokumentarfilm zu präsentieren, der zwei indigene Überlebende des bewaffneten Konflikts zeigt und die Bedeutung des Wahrheitsberichts erklärt. Obwohl die Protagonist*innen des Films geplant hatten, nach der Vorführung an einer Diskussion über die aufgeworfenen Fragen teilzunehmen, fühlten sie sich unwillkommen. So entschieden sie sich, zum Ärger des Organisators der FUNDESA, dem Treffen fernzubleiben. Als der Film endete, eröffnete der Organisator das Gespräch mit der Feststellung, er sei überrascht, dass der Mann und die Frau, die im Film vorgestellt wurden, „gut sprechen können“. Auch wenn er zugeben müsse, noch immer ein wenig verärgert zu sein, dass die beiden nicht gekommen seien, sei es doch vielleicht besser so, da „wir jetzt ein intelligentes Gespräch führen können.“

Guatemalas Elite besteht weitgehend darauf, die indigenen Guatemalteck*innen so zu betrachten, wie sie sie historisch behandelt und gemacht haben: primitiv, ungebildet, unsichtbar und unterwürfig. Diese Vorurteile bestehen aus Gier, Furcht, Gewohnheit und Bequemlichkeit. Wie die guatemalteckische Geschichte immer wieder gezeigt hat, rechtfertigen sie auch Unterdrückung und Gewalt. Das Streben nach Dialog und Reformen ist schwer zu erreichen, weil es mehr erfordert, als nur zusammensitzen. Dazu gehört auch die harte antirassistische Arbeit, die weltweit von uns allen in unseren jeweiligen Gemeinschaften verlangt wird. Die gemeinsame Vision einer demokratischen Zukunft in Guatemala erfordert, die indigenen Guatemalteck*innen als gleichberechtigte Mitbürger*innen zu sehen und zu behandeln, Menschen mit Hoffnungen und Träumen, Bestrebungen und politischer Handlungsfähigkeit und einer eigenen Stimme.

Gefangen in einer ideologischen Zeitschleife

Im Jahr 2006, ein Jahrzehnt nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen, befragte ich rund 400 Guatemalteck*innen aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten zu ihrer Wahrnehmung des bewaffneten Konflikts. Besonders aufschlussreich waren die Antworten auf Fragen nach den Ursachen und Folgen des bewaffneten Konflikts. Während indigene und ländliche Guatemalteken überwiegend Armut und repressive autoritäre Herrschaft für den Ausbruch politischer Gewalt verantwortlich machten, stimmte niemand aus dem Privatsektor zu. Stattdessen schrieben sie den Konflikt der Geopolitik des Kalten Krieges, der Ausbreitung des Kommunismus und dem Aufstieg der Aufständischen zu. Auch wenn fast jeder indigene Befragte den Konflikt als Völkermord bezeichnete, gab eine Handvoll Mitglieder der Elite allenfalls zu, dass einige unschuldige Zivilist*innen starben.

Diese Unterschiede sind Ausdruck einer politischen ideologischen Kluft, die nach wie vor besteht und einen konstruktiven Dialog zwischen dem Privatsektor und den indigenen Gemeinschaften behindert. Nicht nur, dass Eliten und indigene Guatemalteck*innen derart polarisierte Perspektiven über die Ursachen und Folgen eines verheerenden und langwierigen Krieges haben. Vertreter*innen des Privatsektors sagen ausserdem, ein Dialog mit den indigenen Aktivist*innen könne erst stattfinden, wenn diese ein neues Kapitel aufschlüen, vergessen und verzeihen würden.

Ironischerweise, und wiederum aus einer Mischung aus Gewohnheit, Angst und Bequemlichkeit heraus, könnten

Menschen aus dem Privatsektor jene Guatemalte*innen sein, die am tiefsten in einer Zeitschleife stecken. Unfähig, das Trauma der Arbenz-Ära (1944-54) oder den Guerilla-Kampf zu überwinden, der das Land radikal zu verändern drohte, fürchten sie die Demokratie, anstatt sie anzunehmen. Keine Reformen werden in Betracht gezogen, sondern als kommunistisch angeprangert. Und Demonstrant*innen sind keine Bürger*innen, die ihre Freiheiten ausüben, sondern Subversive und Kriminelle, die Chaos und Gewalt säen.

Mentalität der Risikovermeidung

Guatemalas Geschäftswelt ist weniger als das Image, das sie projiziert. Die Elite, die schon immer eine nahezu unbegrenzte Macht besessen hat und deren Wesen Unternehmergeist ist, verhält sich oft auf bemerkenswert unsichere und risikoscheue Art und Weise. Mit diesem verwirrenden Paradoxon habe ich mich erstmals am Vorabend der erwähnten Dokumentarfilmvorführung auseinandergesetzt. Der Organisator musste über das laute Surren des Hubschraubers, den er gerade besteigen wollte, hinwegschreien und wollte genau wissen, wie viele indigene Vertreter*innen kommen wollten. Als ich antwortete, „fünf, vielleicht sechs“, forderte er von mir, alle ausser den zwei Personen von der Filmvorführung auszuladen. Als er meinen Widerwillen spürte, wurde er zunehmend aufgebracht. Er habe weder die Zeit noch die Lust, die Sache zu besprechen, erklärte er. „Hören Sie zu“, sagte er in Worten, die sich in mein Gedächtnis brannten, „ich kenne mein Volk und kenne auch dein Volk besser als du, und ich lasse nicht zu, dass dein (indigenes) Volk kommt und uns Probleme bereitet.“

Fast jedes Mal, wenn ich im Privatsektor wagte, Dinge etwas anders zu machen, bin ich auf Widersand gestossen. Aus Angst vor Kritik oder Zurechtweisungen zögern sie sogar die Treffen mit indigenen Vertreter*innen heraus. Sie werden kein bisschen mehr an Steuern zahlen, weil die Regierung nur ihr Geld einsteckt und sie bald gezwungen sein werden, alles aufzugeben, was sie besitzen. Sie können keinen integrierten ländlichen Entwicklungsplan unterstützen, weil die indigenen Gemeinschaften tatsächlich eine umfassende Landreform wollen. Und sie werden indigene Volksbefragungen nicht unterstützen, weil dies die Entwicklung Guatemalas gefährden und das Land ein wirtschaftliches Jahrhundert zurückwerfen würde.

Der guatemalte*ische Privatsektor ist zu wenig neugierig und zu zaghaft, um ein weniger dunkles Szenario ins Auge zu fassen. Aus ihrer Sicht ist der Status quo der einzige sichere Ort; Veränderung ist immer zum Schlechteren. Sie leben in einer metaphorischen Festung, umgeben nicht von Mitbürger*innen, sondern von vermeintlichen Gegner*innen, die sie vorzugsweise meiden und denen sie sich nur nähern, wenn sie selbst die Agenda diktieren. Gefangen in ihren Vorurteilen und ihrer Zeitschleife sind Demokratie und Entwicklung für sie nicht mehr als Nullsummenspiele. Sie können sich kein Land vorstellen, in dem Demokratie gleichzeitig inklusiv, gerecht, friedlich und wohlhabend sein kann.

Ein Solidaritätsdefizit

Solidarität, ein Motor des sozialen Wandels, existiert in Guatemala in begrenzter und partieller Form. Die Solidaritätswissenschaft zeigt gegensätzliche Varianten auf. Der französische Soziologe Emile Durkheim postulierte im 19. Jahrhundert zwei Typen. Die erste, eine mechanische Form, die in traditionellen Gesellschaften vorherrscht, beruht weitgehend auf Verwandtschaftsbindungen und familiären Netzwerken und beruht auf gemeinsamen Lebensweisen und Erfahrungen. Die zweite, eine organische Version, wird mit modernen Gesellschaften assoziiert, deren Mitglieder voneinander abhängig sind und sich darauf verlassen, spezialisierte Dienstleistungen zu erbringen.

Auch der amerikanische Politologe Robert Putnam unterscheidet in seinen Schriften über das Sozialkapital, ein Konzept, das sich mit Solidarität überschneiden soll, zwei Arten. Nach Putnams Ansicht drückt Bindung von Sozialkapital die Verbindungen innerhalb von Gruppen aus, die auf gemeinsamen demografischen Merkmalen, Identitäten und Werten beruhen, während die Brückenführung von Sozialkapital die zusätzlichen Bindungen erfasst, die Menschen und Gruppen über Klassen-, ethnische, rassische und soziale Grenzen hinweg knüpfen.

Wie Alejandra Coloms brillanter Essay hervorhebt (s. *vorletzte Ausgabe, d.Red.*), (...) müsse die Cantina-Initiative (siehe unten) nicht nur wegen möglicher Änderungen, die sie beschleunigen könnte, aufgegeben werden. Schon allein der Akt, die historischen, klassenbezogenen, rassischen und geographischen Bruchlinien Guatemalas zu überwinden, um die Kapitalanstrengungen zu überbrücken, wurde als Bedrohung des sozialen Zusammenhalts empfunden, der die traditionelle Eliteklasse des Landes verbindet.

Der Cantina-Ansatz

Im September 2017, ein Jahrzehnt nach dem Versuch, den sich modernisierenden guatemalte*ischen Privatsektor zu entdecken, fand ich mich an einem anderen Konferenztisch wieder, umgeben von etwa einem Dutzend Geschäftsleuten, die ich zum ersten Mal traf. Wir hatten uns zusammengefunden, um zu besprechen, ob und wie der guatemalte*ische Privatsektor dazu beitragen könnte, die Demokratie in Guatemala aus dem Abgrund zu holen, den ich in einem Meinungsbeitrag der New York Times nach der Ausweisung von CICIG-Kommissar Ivan Velasquez hervorgehoben hatte. Ich ging mit geringen Erwartungen an das Treffen heran und verliess es mit grösseren Hoffnungen. Unserem Gespräch fehlten die gewohnt angespannte Stimmung und der defensive Ton, sodass wir von einer Bestandsaufnahme der unmittelbaren Krise zu einer Diskussion über die systemischen Herausforderungen in Bezug auf Demokratie und Entwicklung in Guatemala übergehen konnten.

Wieder einmal machte ich den Anfang. Diesmal griff ich ein, um ein Gleichnis zu erzählen, das mir, kurz nachdem ich angefangen hatte in Guatemala zu arbeiten, erzählt worden war. Die Geschichte besagt, dass eine Beraterin der Weltbank beauftragt wurde, einen Entwicklungsplan für eine abgelegene indigene Gemeinschaft in Brasilien zu entwerfen. Sie reiste zum Dorf, das, obwohl nur etwa zwanzig Meilen von einem Flughafen entfernt, nur über einen beschwerli-

chen Fussmarsch durch Busch und unzulängliches Gelände zu erreichen war. Als sie die Gemeinde entdeckte, in der auch die elementarste Infrastruktur fehlte, stellte sie eine Liste mit grundlegenden Gegenständen zusammen, die sie der Weltbank vorlegen konnte. Sie rief die Dorfältesten auf, ihren Vorschlag zu unterzeichnen, um die Voraussetzung für einen lokalen Buy-in zu erfüllen. Die Dorfältesten weigerten sich jedoch, ihren Ideen zuzuhören, geschweige denn sie zu unterschreiben. Stattdessen beharrten sie darauf, dass sie nur eine Cantina wollen. Unfähig, vernünftig mit ihnen zu reden, ging sie verärgert fort.

Einige Jahre später findet sich die Beraterin in der gleichen Region Brasiliens wieder und beschliesst, die Gemeinschaft zu besuchen. Sie heuert ein Allrad-Geländefahrzeug an und macht sich auf die Reise. Zu ihrer Überraschung kreuzt sie eine neue Strasse, die in eine unkenntlich gewordene Gemeinde mit einer brandneuen Wasserpumpe, einer Schule und einer Gesundheitsklinik führt. Sie spürt die Gemeindefältesten auf und beschuldigt sie, ihren Plan gestohlen zu haben. Verblüfft erinnern sie sie daran, dass sie nicht einmal über den Inhalt informiert wurden. Dennoch beharrt sie darauf, „wie hätten sie sonst die Infrastruktur bekommen können, die mein Vorschlag empfohlen hat?“ Nun, so erklären die Ältesten, später sei ein weiterer Entwicklungsberater vorbeigekommen, habe sich nach ihren Prioritäten erkundigt, hörte sie an und stellte die Finanzierung für den Bau der gewünschten Cantina bereit. Sobald sie ihre Cantina hatten, hatten sie einen Ort für die Gemeinschaft, um sich zu treffen und ihre Bedürfnisse zu besprechen. Auf diese Weise entschieden sie, dass sie eine Wasserpumpe, eine Schule und eine Gesundheitsklinik sowie eine Strasse brauchten, um ihre Produkte auf den Markt zu bringen.

Das Gleichnis fand Resonanz bei der Gruppe des Privatsektors, die sich an diesem Nachmittag versammelt hatte. Innerhalb weniger Minuten gaben sie sich einen Namen, innerhalb weniger Tage verbanden sie sich mit einigen indigenen Anführer*innen und innerhalb weniger Wochen machten eine Handvoll Cantina-Mitglieder eine Exkursion zu indigenen Gemeinden im westlichen Hochland. Etwa einen Monat später reisten mehrere auch nach Washington, um sich den Entwicklungsbeamter*innen und Kongressmitarbeiter*innen vorzustellen, die sie mit vorsichtigem, aber optimistischem Enthusiasmus begrüßten. Weil die Cantina unter der Last der sozialen und wirtschaftlichen Ächtung so schnell zusammenbrach, ist die Versuchung gross, das Experiment abzuschreiben und zu dem Schluss zu kommen, dass ihre Mitglieder und potentiellen Anhänger*innen permanent zum Konformismus gezüchtigt wurden, dass der Privatsektor sich niemals ändern könne und dass das CACIF für immer seine einzige legitime Vertretung bleiben werde.

Das müssen nicht die einzigen Rückschlüsse aus diesem Essay (...) sein. Ich erwarte, dass meine Worte bei Mitgliedern des Privatsektors Widerstand erzeugen. Ich gehe davon aus, dass sie meine Kategorisierung ihrer Überzeugungen, Einstellungen und Verhaltensweisen entschieden ablehnen werden. Sie werden ihre Bereitschaft bezeugen, ethnischen Vorurteilen und Rassenvorurteilen entgegenzutreten, ihre wahre Unterstützung für Demokratie und Entwicklung zu bekräftigen und starke Gefühle der Solidarität zu bekunden. Ich hoffe jedoch, dass sie die Provokation auch als Aufruf zum Handeln verstehen, als Aufforderung, ein Risiko einzugehen, wieder auferstehen und auf die Möglichkeit der Cantina zu bauen, bevor die Vorhänge für die Demokratie Guatemalas geschlossen werden.

Phase II läuft an: Bis zum 7. Mai werden 52.000 Personen geimpft sein

Guatemala, 6. Mai – Vertreter*innen des Gesundheitsministeriums (MSPAS) informierten während einer Vorladung der Fraktion der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) über die Fortschritte der Phasen 1 und 2 der COVID-19-Impfung. Dabei erläuterte Eliú Mazariegos, Direktor des Integralen Gesundheitssystems (SIAS), den Fortschritt der zweiten Impfphase und sagte, dass bis zum 7. Mai schätzungsweise 52.000 Menschen geimpft sein werden. „Dies ist die Verpflichtung, die die Gesundheitszentren an jeder Impfstelle gemacht haben“, sagte er. Darüber hinaus berichtete er, dass sie 300 Gefriertruhen erwerben wollen, die für die Lagerung von COVID-19-Impfstoffen verwendet werden sollen. Laut Mazariegos wird die Anschaffung der Kühlgeräte „mit einer Spende von 1,5 Millionen US-Dollar von Japan erfolgen, die landesweit verteilt werden sollen“.

Weitere Informationen zur Phase II

In Bezug auf den Impfprozess der zweiten Phase, der gestern stattgefunden hat, hat der Direktor des (SIAS), Eliú Mazariegos, darauf verwiesen, dass 5.332 Personen über 70 Jahren geimpft worden seien. Während das Institut für Sozialversicherung (IGSS) 10.000 Dosen erhalten habe, werden diese mit Hilfe der Medizinischen Zentren für die Betreuung von Senior*innen (CAMIP) verabreicht. Die Zahl der zugelassenen Impfstationen ist jedoch nicht bekannt. Bis gestern wurden nach Angaben des MSPAS 176.102 Impfdosen gegen COVID-19 in Guatemala verabreicht, davon 174.152 Personen, die mit der ersten Dosis geimpft wurden, und 1.950 Personen, die bereits die vollständige Impfung erhalten haben.

IGSS wird Lehrer*innen an öffentlichen Schulen impfen

Der Abgeordnete, Edwin Lux von der UNE fragte, welche Institution für die Impfung der Lehrer verantwortlich sein werde, worauf der Direktor des SIAS, Eliú Mazariegos, klargestellt hat, dass die IGSS für die Versorgung der ungefähr 150.000 Lehrer*innen im öffentlichen Sektor zuständig sei.

Ungereimtheiten beim Kauf von Sputnik V?

Die Staatsanwaltschaft (MP) bestätigte, dass ihre Anti-Korruptions-Abteilung eine Untersuchung wegen möglicher Anomalien bei der Beschaffung von Sputnik-V-Impfstoffen aus Russland eingeleitet habe. Die Ermittlungen begannen am 6. Mai. Dies gab Juan Luis Pantaleón, Pressesprecher der MP bekannt, ohne nähere Einzelheiten hinzuzufügen. Seit

dem Wochenende sorgte der Kauf der Impfstoffdosen durch die guatemaltekische Regierung für Aufregung, denn laut einer Veröffentlichung der Zeitung elPeriodico waren die Verzögerungen bei der Lieferung auf einen Vermittler zurückzuführen, der eine der Zahlungen des MSPAS an die Herstellerin der Dosis nicht ausgezahlt hätte.

Gestern sagte die Geschäftsbeauftragte der russischen Botschaft, Larissa Planchinda, dass der vermeintliche Vermittler, der in der Publikation erwähnt wird, „eine andere Person ist“ und dass die Informationen, die in den letzten Tagen über den Impfstoff veröffentlicht wurden, „falsch sind“. Die guatemaltekische Regierung zahlte eine Anzahlung von 50% für die insgesamt 16 Millionen Sputnik-V-Impfstoffe in Höhe von 614 Mio. Q (= 65,4 Mio. €) (La Hora)

Stadtverwaltung von Guate: Bürger*innenkarte für Transmetro ab 15. Mai

Guatemala, 6. Mai - Heute kündigte die Stadtverwaltung von Guatemala (MuniGuate) die Einführung der ‚Bürger*innen-Karte‘ an, einer Zahlungsmethode für den bargeldlosen Zugang zu den Diensten von Transmetro.

Den Informationen zufolge werden die Geräte ab dem 8. Mai an den über 120 Verkaufs- und Aufladestationen der Stadt verkauft werden, die sich an verschiedenen Stationen des Transmetro-Systems, in den Kundenzentren in Centra Sur, an den Bahnhöfen El Trébol und zu Beginn der ersten Phase auch in ausgewählten Geschäften entlang der Transmetro-Linien befinden. Das Unternehmen erklärte, dass es sich bei der normalen Karte um die Nachbarkarte handelt, die 20 Q (= 2,09 €) kostet und 5 kostenlose Fahrten umfasse. Es gibt jedoch auch Karten für zwei spezielle Gruppen: die Karte für ältere Erwachsene und die Karte für behinderte Menschen; beide sind kostenlos, personalisiert und können nur bei Mini Munis angefordert werden. Personen mit diesen Merkmalen müssen ihren Ausweis (PSA) vorlegen und ein Lichtbild für die Zwecke der Registrierung machen; im Falle von Menschen mit Behinderungen muss ein ärztliches Attest vorgelegt werden, in dem ihr Zustand beschrieben wird. Alessandra Gallio, Stadträtin von Muniguat, erklärte, dass die Karten (...) auch online über die Website der Stadtverwaltung von Guatemala oder ab nächste Woche über die App aufgeladen werden können. Das Minimum der Nachladung ist 5 Q (= 52 Euro cent) und das Maximum 200 Q (= 20,90 €).

Gallio teilte mit, dass das Kartensystem ab dem 15. Mai mit der Linie 12 in Betrieb genommen wird; für 10 Tage werden die Transmitter entweder mit Kreditkarten oder Münzen funktionieren, aber danach wird die Bargeldoption deaktiviert. Das neue System wird am 18. Mai auf Linie 13 und am 20. Mai auf Linie 7 eingeführt. Am 22. Mai wurde festgelegt, dass der Kartendienst auf den Linien 1 und 2 und am 23. Mai auf den Linien 18 und 6 aktiviert wird.

Die Gemeinderätin erklärte das Vorgehen damit, dass es keine Pretests für dieses System gegeben habe, da dieses System bereits vor einem Jahr hätte eingesetzt werden müssen und es, um den Vertrag zu erfüllen, so schnell wie möglich in Betrieb genommen werden müsse. Sie fügte hinzu, dass aus diesem Grund die einzelnen Linien aktiviert werden und dass bei Fehlern die Fristen für die Aktivierung der anderen Strecken verlängert werden.

Laut Gallio wurden bisher 77.000 Karten ausgeliefert. Es handele sich um ein Projekt in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). Die gesamte öffentliche Ausschreibung wurde über das UNDP durchgeführt und umfasste eine Investition von 9 Millionen Dollar für die Ausrüstung, die Software, die Implementierung des Projekts im Rahmen eines 3-Jahres-Vertrags, für die Anmietung eines Rechenzentrums, in dem alle Informationen gespeichert werden und für den Kauf von 1 Million Karten. Auf persönlicher Ebene kann jede*r Nutzer*in die Konten über die mobile App oder die MuniGuate-Website überwachen; ausserdem wird das gesamte Reisegeld auf ein Bankkonto eingezahlt, das am Ende des Tages von der Stadtverwaltung geprüft wird. Alessandra Gallio kommentierte, dass Nutzer*innen, die kein Guthaben auf der Karte hätten, eine „Notfahrt“ zur Verfügung gestellt werde, die es ermögliche, eine Reise kostenlos zu buchen und mit dem nächsten Aufladen des Guthabens zu bezahlen. (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6